

vom 18. April 1999 (Stand am 1. Januar 2008)

**(Auszug)**

**Art. 57 Sicherheit**

<sup>1</sup> Bund und Kantone sorgen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für die Sicherheit des Landes und den Schutz der Bevölkerung.

<sup>2</sup> Sie koordinieren ihre Anstrengungen im Bereich der inneren Sicherheit.

**Art. 58 Armee**

<sup>1</sup> Die Schweiz hat eine Armee. Diese ist grundsätzlich nach dem Milizprinzip organisiert.

<sup>2</sup> Die Armee dient der Kriegsverhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung. Sie unterstützt die zivilen Behörden bei der Abwehr schwerwiegender Bedrohungen der inneren Sicherheit und bei der Bewältigung anderer ausserordentlicher Lagen. Das Gesetz kann weitere Aufgaben vorsehen.

<sup>3</sup> Der Einsatz der Armee ist Sache des Bundes.

**Art. 59 Militär- und Ersatzdienst**

<sup>1</sup> Jeder Schweizer ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten. Das Gesetz sieht einen zivilen Ersatzdienst vor.

<sup>2</sup> Für Schweizerinnen ist der Militärdienst freiwillig.

<sup>3</sup> Schweizer, die weder Militär- noch Ersatzdienst leisten, schulden eine Abgabe. Diese wird vom Bund erhoben und von den Kantonen veranlagt und eingezogen.

<sup>4</sup> Der Bund erlässt Vorschriften über den angemessenen Ersatz des Erwerbsausfalls.

<sup>5</sup> Personen, die Militär- oder Ersatzdienst leisten und dabei gesundheitlichen Schaden erleiden oder ihr Leben verlieren, haben für sich oder ihre Angehörigen Anspruch auf angemessene Unterstützung des Bundes.

**Art. 60 Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee**

<sup>1</sup> Die Militärgesetzgebung sowie Organisation, Ausbildung und Ausrüstung der Armee sind Sache des Bundes.

<sup>2</sup> ... aufgehoben.

<sup>3</sup> Der Bund kann militärische Einrichtungen der Kantone gegen angemessene Entschädigung übernehmen.

**Art. 61 Zivilschutz**

<sup>1</sup> Die Gesetzgebung über den zivilen Schutz von Personen und Gütern vor den Auswirkungen bewaffneter Konflikte ist Sache des Bundes.

<sup>2</sup> Der Bund erlässt Vorschriften über den Einsatz des Zivilschutzes bei Katastrophen und in Notlagen.

<sup>3</sup> Er kann den Schutzdienst für Männer obligatorisch erklären. Für Frauen ist dieser freiwillig.

<sup>4</sup> Der Bund erlässt Vorschriften über den angemessenen Ersatz des Erwerbsausfalls.

<sup>5</sup> Personen, die Schutzdienst leisten und dabei gesundheitlichen Schaden erleiden oder ihr Leben verlieren, haben für sich oder ihre Angehörigen Anspruch auf angemessene Unterstützung des Bundes.